

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 5 (1964)
Heft: 19

Artikel: Bringt das Phänomen Goldwater in Osteuropa ein neues Amerikabild?
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076699>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bringt das Phänomen Goldwater in Osteuropa

ein neues Amerikabild?

Wenn auch das alte Propagandaklischee noch immer offiziell Geltung hat, beginnt sich doch seit vier Jahren in Osteuropa eine Wandlung in der Betrachtung Amerikas abzuzeichnen. Das ist nicht als unvermittelte Schwenkung aufzufassen, sondern als gradueller Vorgang, weitgehend abhängig vom Zwang zu einer Entspannungspolitik. Jetzt aber hat die amerikanische Wahlkampagne das Ringen um eine neue Sicht der USA in Osteuropa auffällig beschleunigt.

Warum? Goldwater muss als Gefahr, ja als gegenwärtige Hauptgefahr aus dem kapitalistischen Lager verständlich gemacht werden. Dazu ist es nötig, zu erklären, warum so ein Faschist durch die Massen gewählt werden könnte. Dazu ist es ferner nötig, das althergebrachte Bild von Regierung und Monopolkapitalismus in Amerika, den heutigen internen Gegnern Goldwaters, zu retuschieren.

Und das geschieht auch ansatzweise heute in der osteuropäischen Presse. Weniger in der sowjetischen, mehr in der ungarischen oder polnischen Presse. Dort zeigt sich in letzter Zeit eine Annäherung an objektiver Analyse. Beispiele boten die ungarische Parteizeitung «Nepszabadsag», das polnische KP-Organ «Trybuna Ludu».

Das revisionistische Bild

Am weitesten in der Korrektur des Bildes ging bis heute vielleicht die tschechoslowakische Zeitung «Kulturny Tvorba», das Organ des CSSR-Komitees für sozialistische Kultur (Jiri Hochmann: «Die Soziologie des Goldwaterismus»).

«... Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als ob sich Goldwater in seinen Ansichten vom amerikanischen politischen Durchschnitt nicht unterscheidet. Sie sind die charakteristische Ernte von 19 Jahren Kaltem Krieg, von wütendem Antikommunismus, Hexenjagden, Verfolgung der progressiven Intelligenz und von Aufrufen zu ‚Kreuzzügen‘ gegen den Osten. Es trifft zu, dass seit Eisenhowers Erklärung ‚Es gibt keine Alternative zum Frieden‘ fast genau neun Jahre vergangen sind, dass nach Eisenhower Kennedy kam, dass es wenigstens ein Ereignis gab, das Amerika erschütterte — die Kuba-Krise im Oktober 1962 — und dass Millers ‚Rückkehr der Intellektuellen‘ tatsächlich stattgefunden hat ...»

Die progressiven Kräfte hätten sich aber gegen die alte reaktionäre Propaganda nicht durchsetzen können, wofür die Geschichte des Kennedy-Mordes und die unterdrückte Untersuchung des Falles das eindrücklichste Zeugnis ablege. In den letzten vier Jahren sei der «Goldwaterismus» wie ein Krebsgeschwür gewachsen. Die Landesführung stehe heute diesem Phänomen ratlos gegenüber und verstehe nicht, wie es dazu gekommen sei:

«Es drängt sich eine gewisse Analogie zur ‚Allianz für den Fortschritt‘ auf, mit ihrer Idee einer Modernisierung der amerikani-

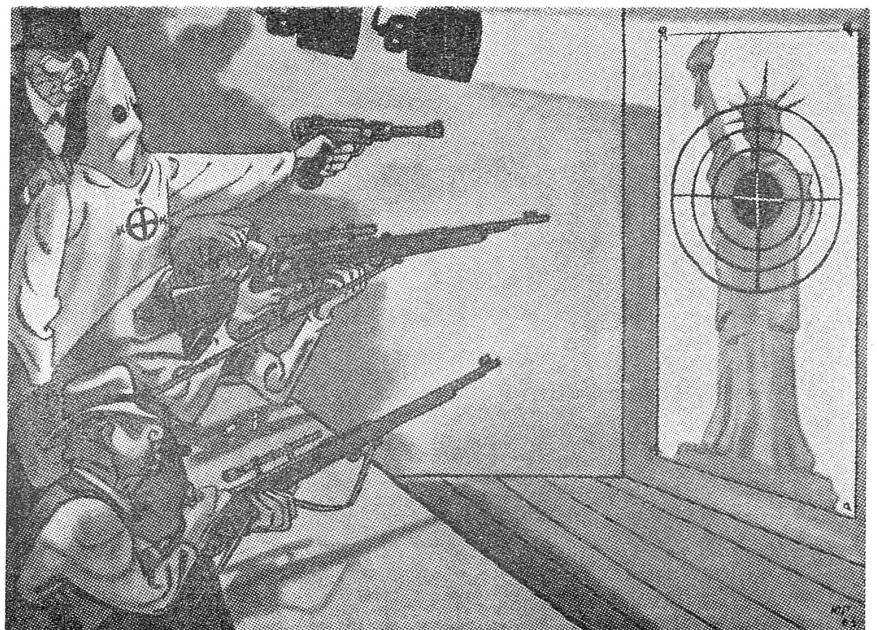
schen Politik in ihrer Gesamtheit, einer Idee, die zweifellos von einer Anzahl von Persönlichkeiten in Washington hochgehalten wird. Die Initianten der ‚Allianz für den Fortschritt‘ zählten auf die Unterstützung von Klassenkräften in Lateinamerika, die aber dort erst aufbrechen und noch nicht eigentlich vorhanden sind. Und die modernere Konzeption der amerikanischen Politik verkennet die Tatsache, dass ein beträchtlicher Teil der Oeffentlichkeit sich immer noch wie in den fünfziger Jahren in einem Zustand der Lethargie befindet, dass dieser Teil bereit ist, einen öffentlichen Gesundheitsdienst als Kommunismus zu betrachten und die Negeremanzipation als Polizeidiktatur. Die Stärke des Goldwaterismus liegt in seiner politischen Primitivität, und diese fehlt denn auch jenen, die ihn bekämpfen wollen. Goldwater bietet eine energische Verteidigung an und die Zusicherung von etwas, was Amerika 20 Jahre lang als Lebensinhalt präsentiert worden war. Die neue Schule Washingtons hat — mit einigen Ausnahmen — noch nicht den Mut gefunden, das Neue und seine Notwendigkeit zu erklären; man sucht es stückweise in die Praxis einzuführen, aber zu viele Leute haben Angst davor. In dieser Verwirrung wächst der Goldwaterismus ...»

Man sagt, Goldwater sei der erste, der für seine Wahlkampagne nicht um die Unterstützung der Bankiers New Yorks nachsuchte. Freilich könnte er ohne starken finanziellen Rückhalt nicht dort stehen, wo er heute ist, aber nichtsdestoweniger besteht ein wichtiges Element der Aenderungen der politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten Amerikas darin, dass Wall Street nicht länger der alleinige Herr und Meister ist ...»

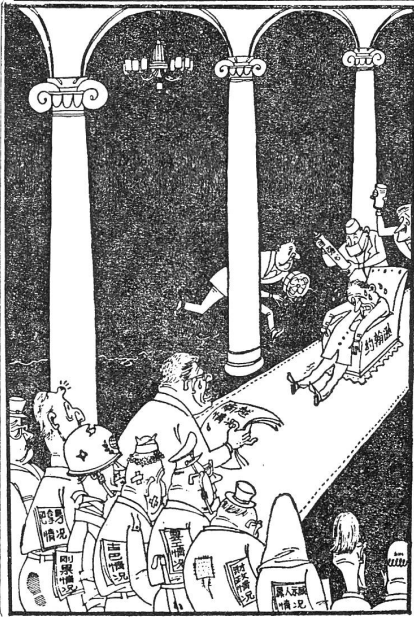
Machtpolitisch sei der Aufstieg Goldwaters Ausdruck eines Konflikts innerhalb der amerikanischen Bourgeoisie, eines Konflikts zwischen dem «traditionellen» Kapital (Wall Street) und dem «neuen» Kapital (zum Beispiel Rüstungsindustrie im Westen und Südwesten). Dieses junge Kapital habe sich der republikanischen Partei als Vehikel bemächtigt, die keineswegs nationalen Charakter aufweise, was schon daraus hervorgehe, dass 90 Prozent der Goldwater-Kader aus dem Westen, Südwesten und Süden stammten. Diese Querverbindungen und ihre psychologischen Auswirkungen werden untersucht. Die Bevölkerung könne in dieser Konstellation gewisse Scheininteressen erkennen, was sich die Slogans des Goldwaterismus zunutze machten.

«Wie dem auch sei, wir wollen uns der sehr wichtigen Frage zuwenden, wie stark der Massenrückhalt des Goldwaterismus ist.»

Zunächst fänden sich in Goldwaters Lager alle Elemente der extremen Rechten, mit der unbedeutenden Ausnahme jener Nazis, welche seine zum Teil jüdische Abstammung nicht verdauen könnten. Diese Elemente, inklusive Ku-Klux-Klan und John-Birch-Gesellschaft, hätten sich der Führung der Bewegung bemächtigt und beim republikanischen Parteikonvent die übrigen Delegierten völlig überspielt.



Wie lange noch entspricht das sowjetische Propagandabild der Vereinigten Staaten ...



... der chinesischen Karikatur? (Johnson nimmt Berichte über die Niederlage des amerikanischen Imperialismus zur Kenntnis.)

Was aber die Gefolgschaft bei den Wählern angehe, so könnten sich die in Amerika errechneten 36 Prozent der Stimmen als trügerisch erweisen. (Dafür zählt der Verfasser sechs Gründe auf, von denen einige der bis 1960 geltenden kommunistischen Interpretation direkt zuwiderlaufen.)

«2. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich etwa 35 Prozent der Stimmbürger von der Urne entfernt gehalten. Nur eine Minderheit davon bestand aus Leuten, denen aus verschiedenen Gründen das Stimmrecht vorenthalten war...»

3. Gemäss zahlreicher Anzeichen enthalten sich diese Leute im allgemeinen der Stimme, weil sie keinen Unterschied zwischen den Parteien sehen. Dieses Mal können sie einen solchen Unterschied sehen.

(Nach traditioneller kommunistischer Auffassung wären diese 35 Prozent potentielle Verbündete, welche die rein kapitalistische Auswahl ablehnen.)

6. Bis dahin konnte noch niemand die Rolle beurteilen, welche im Norden die Furcht vor den sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen der Negeremanzipation bei den weissen Arbeitern und den Mittelklassen spielen wird.

Der letzte Punkt verdient besondere Aufmerksamkeit. Goldwater wird bestimmt die Unterstützung der kleinen und mittleren Kaufleute und Handwerker erhalten, denen angesichts des Drucks geschäftlicher Kapitalkonzentration Goldwaters Slogan von der Erhaltung der guten alten Zeit attraktiv erscheinen wird...» (Anm.: Diese Beobachtung läuft der Theorie zuwider, wonach bei zunehmendem Druck des Monopolkapitals das Kleingewerbe zum Verbündeten der fortschrittlichen, das heisst prokommunistischen, Kräfte wird.)

Ein Vergleich mit der seinerzeitigen französischen Bewegung Poujades ist nach Ansicht des Verfassers insofern nicht stichhaltig, als Poujade keinen Rückhalt bei grossem Kapital hatte.

«Was den Arbeiter angeht, so werden die Gewerkschaften wahrscheinlich Johnson unterstützen... Das wird mit der betont antigewerkschaftlichen Haltung Goldwaters begründet. Aber durch seine Stellungnahme gegen das Bürgerrecht gefällt Goldwater der rückständigen Einstellung bei jenem Teil der weissen Arbeiter, dem es von Vorteil ist, dass die Neger am Schluss der Schlange um Arbeitsplätze stehen, dagegen am Kopf der Schlange, wenn es um Entlassungen geht, ferner, dass sie auch bei gleicher Qualifikation in der niedrigsten Lohnkategorie stehen. Der Sieg von Wallace in den Primärwahlen Wisconsins und Indianas, beides Nordstaaten, wird allgemein auf diesen Faktor zurückgeführt. Andererseits mögen zahlreiche Leute durch die kompakte monopolistische Kampagne gegen Goldwater verwirrt sein, der unter anderem von Henri Ford II. entschieden abgelehnt wird. Das ergibt eine sehr komplizierte Situation, erschwert durch den Umstand, dass es dort keine einflussreiche Kraft gibt, welche die Arbeiterklasse korrekt informieren könnte...»

Diese Stellen dürften wohl als indirekter Tadel an die herkömmliche kommunistische Propaganda gewertet werden, wonach die Arbeiterklasse immer gegen das Monopolkapital Stellung nehmen muss. In seiner Gesamtheit stellt der Artikel wohl das frappanteste Beispiel für die Aenderung des Amerikabildes in Osteuropa dar, eine Aenderung, die seit der Nomination Goldwaters zum republikanischen Kandidaten eine ausserordentliche Beschleunigung erfahren hat. Das hat seinen Grund in einem doppelten Dilemma: 1. Goldwater droht, die Massen für ein faschistisches Programm zu gewinnen, was nach herkömmlicher Auffassung unmöglich ist. 2. Goldwater verkörpert das, was nach klassischem kommunistischem Zerrbild ohnehin schon die amerikanische Politik darstellt. Wenn Goldwater als Bedrohung des jetzigen Zustandes bekämpft werden soll, muss das alte Zerrbild korrigiert werden. Aus beiden Gründen ergibt sich das Bedürfnis nach einer ansatzweisen Objektivität, die im vorliegenden Text nahezu erreicht scheint.

Das dogmatische Bild

Auf China trifft das Dilemma nicht zu. Dort gilt das alte Klischee von den beiden gleichwertigen Parteien des imperialistischen Monopolkapitalismus. Aber mit einem Unterschied, der die heutige Situation im Lager der «feindlichen Brüder» widerspiegelt: Johnson wäre vielleicht bereit, sich mit den «modernen Revisionisten», das heisst mit der Sowjetunion, in die Unterjochung der Welt zu teilen, Goldwater wahrscheinlich nicht.

Dazu ein Beleg aus der Pekinger «Volkszeitung» vom 3. September:

«... Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen sind immer betrügerisch gewesen. Die bevorstehenden Wahlen bilden da keine Ausnahme. Die amerikanischen Propagandisten stellen Johnson als Vertreter der 'Vernünftigen' dar und Goldwater als Verkörperung des 'Extremismus'. Sie verkünden, das Programm der Demokratischen Partei stehe in 'klarem Widerspruch' zum Programm der Republikanischen Partei. Auf diese Weise suchen sie den Eindruck von zwei Rivalenparteien mit grundverschiedener Politik zu erwecken.

Die modernen Revisionisten beten die gleiche Litanei. Ihrem Singsang ist zu entnehmen, dass das republikanische Parteiprogramm das 'reaktionärste, kriegerischste und abenteuerlichste der amerikanischen Geschichte' sei. Gleichzeitig rühmen sie das demokratische Parteiprogramm. Es sei eine Gesamtheit 'vernünftiger Ideen, die eine realistische Einschätzung des heutigen Kräfteverhältnisses in der Welt widerspiegeln', und es beweiße 'Sorge um die Erhaltung des Friedens'. Nach ihnen wäre der Friede auf der Welt gesichert, wenn Lyndon B. Johnson wiedergewählt würde, dagegen in Frage gestellt, wenn Goldwater zur Macht käme.

Die modernen Revisionisten zittern vor der Erpressung Goldwaters, aus Angst davor, dieser 'Ritter des Kalten Krieges' könnte, einmal an der Macht, ihre Pläne scheitern machen, mit dem amerikanischen Imperialismus zu einem Kompromiss zu kommen oder gar vor ihm zu kapitulieren. Sie haben eine unheimliche Angst, dass die amerikano-sowjetische Zusammenarbeit scheitern könnte, die sie zur Beherrschung der Welt beharrlich fordern. Folgerichtig setzen sie also auf Lyndon B. Johnson. Sie sind so weit gegangen, ihm in seiner Wahlkampagne behilflich zu sein, dies auf Kosten der fundamentalen Interessen der Weltbevölkerung.

Wer auch nur ein bisschen politischen Verstand besitzt, weiss, dass in den Vereinigten Staaten die Macht in den Händen der Monopolisten konzentriert ist. Diese definieren die Innen- und Aussenpolitik des Landes. Die Demokratische und die Republikanische Partei sind beide nichts weiter als simple Instrumente der Monopolisten. Wohlverstanden, es gibt zwischen den verschiedenen Gruppen des Monopolkapitals immer schärfere Gegensätze wie zwischen Hunden, die einander einen Knochen streitig machen. Aber sie sind sich vollkommen einig über die fundamentalen politischen Linien wie die Verstärkung der Ausbeutung, die Unterjochung der Massen und das Streben nach Weltherrschaft. Die amerikanische Verwaltung, sei sie nun demokratisch oder republikanisch, und der amerikanische Präsident, heisse er nun Johnson oder Goldwater, können nur die Politik ausführen, welche von den amerikanischen Monopolisten vorgeschrieben wird. Diese Politik wird letztlich nicht von der einen oder andern Partei, von einem oder dem andern Präsidenten bestimmt...»